

Rezensionen

Aram Ziai (2004): *Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development-Kritik. Ein Beitrag zur Analyse des Entwicklungsdiskurses*. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut. 414 S.

Die Kritik der Post-Development-Schule an der klassischen Entwicklungstheorie ist in Deutschland – trotz Wolfgang Sachs – nur sehr sporadisch zur Kenntnis genommen worden. Aram Ziais umfassende und weiterführende Darstellung und Kritik des Ansatzes schließt hier eine schon fast peinliche Lücke. Z.s Grundthese ist, dass die Post-Development-Schule entgegen ihrem eigenen, eher „postmodernen“ Selbstverständnis „Entwicklung“ als „Ideologie“ im klassischen Sinne auffasst und kritisiert, als „auf unwahren Annahmen aufbauendes gedankliches Konstrukt, das im Interesse der einheimischen Eliten sowie der Regierungen, Unternehmen und Institutionen der Industrieländer die Herrschaft über die so genannten Entwicklungsländer und die in ihnen lebenden Menschen rechtfertigt“ (1). Sinn und Unsinn dieser Kritik sucht Z. in vier Schritten herauszuarbeiten: 1. Durch eine ausführliche Diskussion des Ideologiebegriffs; 2. durch eine ebenso ausführliche Diskussion des klassischen Entwicklungsparadigmas; 3. durch eine kritische Auseinandersetzung mit den Gegeneinwänden des Post-Development-Ansatzes gegen dieses Paradigma; und 4. durch eine empirische Untersuchung des Diskurses einiger in der Entwicklungspraxis tätiger Institutionen (Weltbank, BMZ, Misereor, medico international).

Die wissenschaftshistorische Auseinandersetzung mit den zu verschiedenen Zeiten dominierenden Ideologiekonzeptionen

und ihrem Wandel gehört zu den stärksten Teilen des Buches. Der Ideologiebegriff, auf den sich der Autor schließlich festlegt, hebt weniger auf die „Verschleierung der Realität“ durch die Ideologie ab als auf die „mangelnde Reflexivität gegenüber den eigenen, partikularen Prämissen“ und ihre „unbegründete Verallgemeinerung“ (76). Das kann man nur begrüßen. Was sich der Rezensent, der hier mit eigenen Arbeiten angesprochen ist, in diesem Zusammenhang noch gewünscht hätte, wären jedoch ein paar zusätzliche Reflexionen zu dem Wort „unbegründet“ in dieser Definition, durch welches ein „Element der Falschheit“ als „unverzichtbarer Bestandteil des Ideologiekonzepts“ (79) etabliert wird. Mir scheint, das macht nur Sinn, wenn Wahrheit entsprechend dem Habermasschen Verständnis an der Bewährung in der argumentativen Auseinandersetzung gemessen wird und werden kann – womit sich der Autor aber nicht so recht anfreunden mag (vgl. 75).

Aus seiner eingehenden Auseinandersetzung mit der gesamten entwicklungstheoretischen und entwicklungspolitischen Diskussion insbesondere der 1960er bis 1980er Jahre kristallisiert Z. schließlich ein nicht weniger als 18 Unterpunkte (von der kartesischen Rationalität, dem Baconschen Naturverständnis und dem Homo Oeconomicus bis hin zur Entwicklungsmessung mittels BSP, BIP oder PKE) umfassendes gemeinsames „Entwicklungsparadigma“ heraus. Vier von diesen Merkmalen erennt er schließlich zu „Kernannahmen des Paradigmas“: die *Vergleichbarkeit* von Gesellschaften anhand einer *universellen Entwicklungsskala*, den *Dualismus* von entwickelten und weniger entwickelten Gesellschaften und die Kompetenz von *Experten* bei der Festlegung und Umsetzung der Entwicklungsziele (vgl. 154f). Konzeptionen, die diese Kernan-

nahmen ablehnen, würden einen vollständigen Bruch mit dem Paradigma bedeuten. Drei weitere Annahmen sind so zentral, dass ihre Ablehnung zwar keinen vollständigen Bruch mit dem Paradigma als solchem, wohl aber ein alternatives Entwicklungskonzept beinhalten würde: der Zustand der Industrienationen ist die in allen Gesellschaften zu verwirklichende *Norm*, liefert deshalb auch den *Maßstab* für Entwicklung und gibt mit Wirtschaftswachstum, Technisierung und Modernisierung den einzig gangbaren *Weg* zu ihr vor. Abweichungen von diesem Modell kommen in den 60er/70er Jahren kaum vor. Seit der „Krise der Entwicklungstheorie“ Ende der 80er gibt es jedoch gewisse Akzentverschiebungen: An die Verwirklichbarkeit der Norm der Entwicklung in allen Gesellschaften glaubt kaum mehr jemand; das Versprechen der Entwicklung wird deshalb zunehmend durch das Versprechen der *Globalisierung* ersetzt, das nur den Konkurrenzfähigsten Fortschritt in Aussicht stellt. Für die anderen bleibt allenfalls noch „globale Sozialpolitik“, die in ihren progressivsten Varianten (keineswegs in allen) als „partizipative nachhaltige Global Governance“ verstanden wird. Zu wirklich alternativen Konzepten hat dies allerdings in den seltensten Fällen geführt.

Die ideologiekritische Dekonstruktion dieses Paradigmas ist das zentrale Anliegen des Post-Development-Ansatzes. Sie bezieht sich in Z.s Augen auf dreierlei: 1. auf das „Projekt der Entwicklung“ auf der Grundlage von Nationalstaat, Industrialisierung, Weltmarktproduktion, Wissenschaft, Investitionen, Technologietransfer und Entwicklungsprojekten. Dieses Projekt sei gescheitert. 2. auf das „Konstrukt der Entwicklung, das sämtliche nichtindustrialisierten Lebensweisen als defizitär (unterentwickelt) definiere“ (168). Dieses Kon-

strukt gebe eine bestimmte Art der Problemdefinition vor, „die auch nur eine bestimmte Art von Problemlösungen zulasse“ (177) – eben die der „Ausweitung des Einflussbereiches der westlich dominierten Systeme von Markt, Staat und Wissenschaft“ (179). 3. auf den Begriff der Entwicklung, der von dem Konstrukt und dem Projekt nicht zu trennen sei und deshalb ein für allemal aufgegeben werden müsse. Die Alternative der Postdevelopmentalisten läuft, auf die Kurzformel gebracht, hinaus auf die Forderung „Selbstbestimmung statt Entwicklung“ (192). Was die Alternativen angeht, ist innerhalb der Schule allerdings eine „Zweiteilung der Ansätze“ in Postdevelopmentalisten und Anti-Developmentalisten festzustellen. Die letzteren (Rahnema, Esteva, Sachs u.v.a.) haben trotz entgegenstehender Deklarationen nichts anderes anzubieten als die „Rückkehr zur guten alten Zeit“, zur Idylle der „traditionellen Gesellschaft“, deren Konflikte, Herrschaftsstrukturen, Klassen- und Geschlechtergegensätze heruntergespielt oder ignoriert werden – mit durchaus reaktionären Konsequenzen. Die ersten (insbesondere Ferguson, auch Escobar) erkennen diese Widersprüche an, weigern sich die „traditionellen Gesellschaften“ zu essentialisieren und gestehen ihnen zu, nach eigenem Gusto auch Züge der Moderne selektiv zu adaptieren.

Im letzten, empirischen, Teil seiner Arbeit geht Z. der Frage nach, inwieweit das von den Postdevelopmentalisten kritisierte Entwicklungsparadigma überhaupt bestimmend ist für die Diskurse maßgebender Entwicklungsinstitutionen – und leistet damit auch einen Beitrag zur Kritik der vielerorts notierten Essentialisierung des Entwicklungsbegriffs im Postdevelopment. Methodisch beruht diese Untersuchung auf der Inhaltsanalyse von Publikationen der

jeweiligen Institutionen und auf Interviews mit insgesamt 19 ausgewählten Mitarbeiterinnen / Mitarbeitern. Was die Inhalte angeht, ist zu konstatieren, dass alle untersuchten Institutionen die aus der „Krise der Entwicklungstheorie“ resultierenden Akzentverschiebungen nachvollzogen haben, dass insbesondere das Entwicklungsversprechen für *alle* nirgendwo mehr im Zentrum steht. Ansonsten ist eine deutliche Zweiteilung festzustellen: Die Entwicklungsdiskurse in den Publikationen von Weltbank und BMZ – in geringerem Maße auch die von deren Mitarbeitern – sind weitestgehend durch die Kernannahmen des klassischen Entwicklungsparadigmas bestimmt; als zentraler Topos erweist sich vor allem die „Naturalisierung einer weltmarkt-orientierten kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung“ (299). Bei Misereor und insbesondere bei medico international ist von dieser Naturalisierung ebenso wie von den anderen Kernannahmen kaum noch etwas zu verspüren. Die von den Postdevelopmentalisten gemutmaßte Allmacht des Entwicklungsparadigmas erstreckt sich also jedenfalls nicht auf nichtstaatliche Organisationen wie die letztgenannten.

Überzeugt hat mich vor allem die logisch saubere Gliederung der Arbeit (hin und wieder wirkt's allerdings fast schon zu pedantisch) und die Zuspitzung der Argumentation auf einige wenige, zentrale Kernaussagen zu den vier Hauptthemenbereichen. Noch überzeugender fand ich jedoch die Art und Weise wie der Autor diese Kernaussagen (insbesondere in den theoretischen Kapiteln) entwickelt: durch geduldige, ausführliche und verständige Interpretation der Werke aller Autoren, die Maßgebendes zu dem jeweiligen Themenbereich zu sagen haben. Das nenne ich einen vernünftigen Umgang mit der Theoriegeschichte.

Jenseits aller Inhalte noch ein Hinweis an den Verlag: Die Buchbindung ist eine Katastrophe; nach zweimaliger Lektüre besteht mein Exemplar nur noch aus fliegenden Blättern.

Gerhard Hauck

Sabah Alnasseri: *Periphere Regulation. Regulationstheoretische Konzepte zur Analyse von Entwicklungsstrategien im arabischen Raum*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 2004, 265 S.

Die entwicklungstheoretischen Debatten wurden lange Zeit von Modernisierungstheorien auf der einen und der Dependenztheorie auf der anderen Seite beherrscht. Während erstere davon ausgingen, dass sich die globalen Ungleichzeitigkeiten durch nachholende Entwicklung auflösen ließen, argumentierten die DependenztheoretikerInnen, die strukturelle Dominanz des Weltsystems verunmögliche Entwicklung in der Peripherie. Der modernisierungstheoretische Optimismus hat sich mit der offensichtlich desaströsen Entwicklung des Weltsystems erübrigt, aber auch die Dependenztheorie ist in die Kritik geraten, nachdem die Tigerstaaten gezeigt haben, dass die These der strukturellen Unterentwicklung nicht zu halten ist.

In dem gerade erschienen Buch „Periphere Regulation“ versucht Sabah Alnasseri, diese Debatte wieder aufzunehmen, dabei greift er auf die Regulationstheorie zurück, in der – auch als Reaktion auf die Sackgassen der Dependenztheorie – nationale politische und kulturelle Besonderheiten wieder stärker in den Fokus der Analyse rückten. Alnasseri geht nicht von einer festgeschriebenen Dominanz des Weltsystems aus, sondern, Althusser folgend, davon, dass es sich um eine komplexe

Struktur mit Dominante handelt. Die Tatsache, dass im binnenmarktzentrierten Fordismus die nationale Ebene dominant war, heißt aber keineswegs, dass dies für die aktuelle Situation gilt. In der Krise des Fordismus wurde die inter- und transnationale Ebene aufgewertet, sodass man heute „stets von einem [transnationalen] ‘Block’ von politischen wie ökonomischen Akteuren“ (163) ausgehen muss.

In einem Durchlauf durch diverse, sich als kritisch verstehende Theorieansätze wie z.B. von Ernesto Laclau, Reinhart Kößler oder Tilman Schiel kommt Alnasseri zu dem Ergebnis, dass diese – ebenso wie die von ihm hauptsächlich herangezogene Regulationstheorie – die modernisierungstheoretische Perspektive nicht wirklich überwinden konnten, vielmehr „alle die Entwicklung in der Peripherie als verzögerte und verspätete Nachahmung und Nachholung zentristischer Entwicklungsweise analysieren, dies jedoch von ihnen nicht als ‘Dependenz’, ‘Weltsystem’ oder globaler Vergesellschaftungszusammenhang (Hirsch) wahrgenommen wird, sondern lediglich als eine ‘Gliederungsform’ unabhängiger, nationaler ‘Eingliederungsmodi’“ (149f).

Alnasseri verwirft keineswegs die imperialismus- und dependenztheoretischen Erkenntnisse früherer Debatten, sondern versucht in seiner Analyse peripherer Gesellschaften, an sie anzuknüpfen. Dabei greift er auf Begriff der „sogenannten ursprünglichen Akkumulation“ von Karl Marx und auf die Erkenntnis von Rosa Luxemburg zurück, dass kapitalistischen Gesellschaften ein strukturbedingter Expansionsdrang inne wohne (60f). Das Konzept der ursprünglichen Akkumulation versteht der Autor nicht als „residuales, historisch überholtes Moment“, das sich auf die Entstehungsphase des Kapitalismus bezieht, sondern als einen permanenten Prozess, der „stets der Entstehung

und Reproduktion des Kapitals inhärent ist“ (80). Wenn aber die ursprüngliche Akkumulation ein permanenter Prozess und die kapitalistische Produktionsweise die Dominante ist, heißt das, dass alle nichtkapitalistischen von der kapitalistischen Produktionsweise überdeterminiert sind, es also keine „vor-, prä- oder außerkapitalistische Produktionsweise/formen“ (85) mehr gibt. Hier liegt der Grund dafür, dass Entwicklung nicht historisch linear gedacht werden darf, sondern immer in Beziehung zur aktuellen Konstellation der kapitalistischen Produktionsweise gesetzt werden muss. M.a.W.: Vermeintlich traditionelle Produktionsformen sind nicht traditionell, vielmehr gehört die Produktion von Traditionalität selbst zum „Moment der ‘der Entwicklung der Unterentwicklung’“ (179). Wie sich diese neu gedachte Entwicklung zur Unterentwicklung konkret darstellt, veranschaulicht der Autor am Beispiel Algerien. Dabei wird deutlich, dass Begriffe wie „peripherer Fordismus“ (Lipietz) die Verhältnisse nicht angemessen fassen, weil der konkrete Zusammenhang zwischen der peripheren- und der metropolitanen Konstellation ausgeblendet bleibt.

Alnasseri's Buch kann man allen ans Herz legen, die an anspruchsvollen theoretischen Konzeptionalisierungen entwicklungs-politischer Auseinandersetzungen interessiert sind.

John Kannankulam & Jens Wissel

Huntington, Samuel P.: *Who are we? The Challenges to America's National Identity*. New York: Simon & Schuster 2004, 428 S.

In seinem neuesten Werk *Who are we?* befasst sich der US-Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington mit dem komplexen Themenbereich *Nationale Identität*. Im Mittelpunkt steht für ihn dabei die Frage

nach der *Saliency*, also der Bedeutung nationaler Identität, im Vergleich zu anderen möglichen Identitäten, und der *Substance*, dem inhaltlichen Kern, welcher die nationale Identität der USA bestimmt. All dies analysiert er durch seine spätestens durch den *Clash of Civilizations* bekannt gewordene und immer wieder äußerst kontrovers diskutierte kulturdeterministische Brille.

Huntington geht davon aus, dass die nationale Einheit und die damit verbundene bisherige nationale Identität der USA im Auflösen begriffen seien. Dies in erster Linie durch den zunehmenden Einfluss fremder sowie subnationaler und auch transnationaler Identitäten. Er erläutert die Grundzüge des Konzeptes Nationaler Identität als ein Konstrukt imaginärer Gemeinschaft. Dabei sei alleine das Streben nach einer bestimmten Identität nicht ausreichend. Erst wenn man von den Anderen, welche die angestrebte Identität bereits innehätten, in den Kreis der Identitätsträger aufgenommen würde, gehöre man dazu.

Die bedeutendsten Quellen nationaler Identität sind seiner Ansicht nach sogenannte zuschreibende Quellen wie Alter, Geschlecht, Ethnie und Rasse sowie kulturelle, territoriale, politische, ökonomische und soziale Quellen. Durch die traditionell hohe Mobilität und das leicht verfügbare Land hätte man sich in Nordamerika nie mit einem spezifischen Territorium identifiziert. Vielmehr hätten diese Funktion politische Grundsätze und die sie verkörpernden Institutionen übernommen. Spielte das Territorium zur Bildung der nationalen Identität schon keine herausragende Rolle, so taten dies Rasse und Ethnie sehr wohl. Huntington arbeitet heraus, dass die Nation für ihn keine direkte Quelle der nationalen Identität sei. An erster Stelle steht für ihn heute die Kultur, definiert als das Zusammenspiel

aus Sprache und Religion sowie sozialen und politischen Werten.

Er stellt dabei fest, dass das Vorhandensein einer geteilten Vergangenheit sowie eines Feindbildes für die Konstituierung einer nationalen Identität unabdingbar sei. Die Wurzeln des Hasses und der Rivalität seien dem Menschen inhärent, auch wenn Huntington dabei das Rad keinesfalls neu erfindet und diese Thematik von anderen Autoren tiefer und besser recherchiert aufbereitet wurde.

Die anglo-protestantische Kernkultur sowie ihr politisches Glaubensbekenntnis, der *American Creed*, seien Ende des 20. Jahrhunderts herausgefordert worden. Der Zusammenbruch der Sowjetunion, multikulturelle Bewegungen und die damit einhergehende Diversifizierung der Lebensformen hätten die Daseinsberechtigung der noch verbleibenden zentralen Elemente amerikanischer Identität stark in Frage gestellt. Die dritte große Einwanderungswelle ab den 60er-Jahren des 20. Jahrhunderts habe die Basis nationaler Identität im Unterschied zu vorherigen Einwanderungsbewegungen deutlich überformt und vor allem dazu geführt, dass die englische Sprache in akuter Gefahr sei. Für Huntington lässt sich dies in aller erster Linie auf den Einfluss der hispanischen Zuwanderer zurückführen.

Das Wesen der USA, so Huntington, sei in Gefahr. Dabei ist zu beobachten, dass sich durch die Öffnung der Staaten nach Außen eine bürgerliche Rückbesinnung auf nationale, mikromaßstäbliche Identifikationsmuster abzeichne – andererseits jene Außenöffnung aber auch eine Identitätserweiterung durch die globale Distanzminderung mit sich bringe. Eine regelrechte De-Konstruktions-Koalition, bestehend aus den Eliten der politischen Führung, Wissenschaft, Medien und Wirtschaft, treibe die De-Nationalisierung der

USA bewusst voran. Das amerikanische Volk dagegen „remained deeply patriotic, nationalistic in their outlook, and committed to their national culture, creed, and identity“ (143). Die amerikanischen Eliten seien dabei nicht nur weniger nationalbewusst als das Volk, sondern auch liberaler. Und, so Huntington, Liberalismus tendiere dazu, mit Unreligiosität einherzugehen.

Er geht dennoch von einem Wiederaufleben Amerikas als zutiefst christlich-religiösem Land aus. Für Huntington ist die amerikanische Nationalflagge im wesentlichen ein religiöses Symbol, „the equivalent of the cross for Christians“ (127). Zurecht, so Huntington, würden sich Nicht-Christen in diesem Land als Fremde fühlen.

Dabei sei die Vermischung aus Religion und Patriotismus durchaus vereinbar mit der persönlichen Freiheit des Individuums und der Entscheidung, an einen christlichen oder nicht-christlichen Gott zu glauben. Unvereinbar damit sei es jedoch, Atheist zu sein. Für Huntington kommt dem protestantischen Wertegerüst die herausragende Bedeutung für die Entwicklung der USA zu. Dieses anglo-protestantische Fundament sei bis heute die primäre Quelle des American Creed, also des Bekenntnisses zur Würde jedes Einzelnen, zu Freiheit, Gleichheit, Demokratie sowie zu Individualismus und Liberalismus.

Huntington hebt hervor, dass die weit verbreitete Annahme, die USA wären eine von Immigranten gegründete Nation, falsch sei. Die USA seien eine Gesellschaft, welche durch Siedler gegründet wurde. Diese kamen nach Amerika, weil sie dort eine Tabula rasa vorgefunden hätten – die Immigranten hingegen ob jener anglo-protestantischen Kultur sowie deren Freiheiten und Möglichkeiten. Die Motive der Immigranten zu Beginn des 21. Jahrhunderts wiederum wären grundlegend andere.

Huntington verweist darauf, dass der Kampf für die Gleichberechtigung Schwarzer und Weißer ohne die Basis des American Creed unmöglich gewesen wäre. Dabei lässt er es jedoch nicht unversäumt, mehr als ausführlich darzulegen, wie dieses Bemühen um die Gleichheit aller zu einer, bis heute andauernden, bejahenden Diskriminierung Weißer geführt habe. Die Vehemenz, mit welcher er dies geißelt, hat sich spätestens an dieser Stelle weit vom anfangs angestrebten wissenschaftlichen Fundament seiner Ausführungen entfernt.

Huntington spricht von „cultural wars“ und einer „revolution“ (171). Multikulturelle Tendenzen seien unvereinbar mit den demokratischen Prinzipien der USA und es handle sich dabei um eine „anti-Western ideology“ (171). Eine große Bedeutung spricht er daher der Assimilierungs-Debatte zu. Doch Assimilierung und Amerikanisierung seien heutzutage nicht mehr identisch. Er beklagt die steigende Tendenz zur zweiten Staatsbürgerschaft. Der Immigrant als Trojanisches Pferd würde nationale Interessen der Regierung seines Heimatlandes verfolgen – gerade auch die mexikanische Außenpolitik bediene sich aktiv dieses Instrumentes. Staatsbürgerliche Bigamie legitimiere im selben Atemzug auch doppelte Identitäten und doppelte Loyalitäten. Die Wahl einer Staatsbürgerschaft sei nunmehr weniger eine Frage der Identität als vielmehr eine Frage des praktischen Nutzens.

Immer wieder thematisiert Huntington, emotional offensichtlich stark involviert, die hispanischen, bzw. vor allem mexikanischen Einwanderer in den USA, also jener Gruppe, welche für ihn die Hauptschuld an der Entwicklung zu einer gespaltenen, zweisprachigen US-Gesellschaft trägt.

Er nimmt dabei stark Bezug zu dem Konzept der *Social Security* der Kopenhagener Schule: „While national security is con-

cerned, above all, with sovereignty, social security is concerned above all with identity, the ability of a people to maintain their culture, institutions and way of life“ (180).

Die Einwanderer aus Mexiko unterschieden sich wesentlich von bisherigen Einwanderungsgruppen. Die Neuankömmlinge seien kaum bereit, die englische Sprache zu erlernen. Ihr Bildungsniveau sei deutlich niedriger als das des amerikanischen Durchschnittes, und damit auch ihre wirtschaftliche Situation. Denn, wie man es polemischer kaum formulieren könnte: „Few Mexican immigrants have been economically successful in Mexico; hence presumably relatively few are likely to be economically successful in the United States“ (236).

Die besondere Brisanz entstehe durch die geographische Nähe Mexikos zum Territorium der USA. In der Vergangenheit sei Einwanderung stets mit Unterbrechungen vor sich gegangen und niemals so kontinuierlich verlaufen, wie dies heute der Fall sei. Dadurch würde die Tendenz zur Abschottung signifikant größer. Dies wiederum wirke sich im Sinne einer Kettenmigration auf die Zahl der Einwanderer deutlich aus. Verstärkt werde dies noch durch deren hohe Geburtenrate.

Auch hätten sich die Immigranten der Vergangenheit deutlich disperser auf US-amerikanischem Territorium verteilt. Die mexikanischen Einwanderer könnten darüber hinaus einen historischen Anspruch auf US-Territorium geltend machen. Für Huntington steht die Reconquista des Südens der USA kurz bevor. Er weist dabei auf Charles Truxillo von der University of New Mexico und warnt, „that by 2080 the southwestern states of the United States and the northern states of Mexico will come together to form a new country“ (246).

Ein negatives Beispiel hinsichtlich solch einer Entwicklung sei heute bereits

das überwiegend von Exil-Kubanern geprägte Miami. Von den US-Behörden als Flüchtlinge deklariert, von Seiten Castros in den 1980er-Jahren sogar teils zur Ausreise ermutigt – „Castro also included some criminals and mentally retarded people (...)“ (248) – hätten sie die ethnische Zusammensetzung, Kultur, Politik und Sprache fundamental verändert und die staatliche Souveränität als quasi-souveräne Gruppe in Frage gestellt.

Zuerst also Miami, nun auch noch der Südwesten der USA? Für Huntington bestehen zwischen den beiden Entwicklungen durchaus Unterschiede, wenn auch die Konsequenz für ihn letztendlich die gleiche ist. Während die kubanische Gemeinde in ihrem Hass gegen Castro vereint sei, fehle den Mexikanern solch ein von allen geteiltes Feindbild. Und während die Exil-Kubaner der Mittel- bzw. Oberklasse entsprangen, sei der überwiegende Teil der Mexikaner in den USA arm und ungebildet: „And it appears that their offspring are likely to be similar“ (253).

Huntington prophezeit den USA ein neues Aufblühen des weißen Nativismus im Kampf gegen die drohende interne Fragmentierung des nationalstaatlichen Gebäudes. Die Anführer seien kulturell fest verwurzelt, intelligent und ausgebildet an den führenden Hochschulen der USA. Für sie sei Rasse eine Quelle der Kultur, und durch die Festlegung der Rasse auf eine Person könne sich auch deren Kultur niemals wandeln.

Der Erfolg des Kampfes gegen die dekonstruktivistischen Tendenzen sei in entscheidendem Maße davon abhängig, in welchem Ausmaß die US-Bürger die nationale Sicherheit durch die terroristische Bedrohung von Außen gefährdet sehen und in welchem Umfang die USA in den Kampf gegen einen Feind involviert sind. Eine

Reduzierung der Bedrohung von Außen leiste dekonstruktivistischen Bewegungen im Heimatland deutlichen Vorschub – sollte die Gefährdung also andauern, seien immerhin die Hauptbestandteile US-amerikanischer Identität gesichert. Und auch das Problem mit den Immigranten ließe sich dadurch ja in gewisser Weise in den Griff bekommen, denn: „Wars have furthered assimilation of immigrants not only by reducing their numbers but also by giving them the opportunity and the impetus to demonstrate their loyalty to America“ (197).

Die von Huntington zusammengetragenen Fakten sind beeindruckend und bestehen durch ihre plakative Logik. Doch er arbeitet mit einer Geographie der Angst vor dem Anderen und greift dabei auf ein äußerst bewährtes Freund-/Feindschema zurück. Dass dieses Werk just in einem für die USA äußerst heiklen Wahl- und Kriegsjahr erscheint, dürfte kein Zufall sein. Und enttarnt es dabei als geopolitisches Machtinstrument erster Güte.

Peter Scharl

Mike Davis: *Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter.* Aus dem Amerikanischen von Ingrid Scherf, Britta Grell und Jürgen Pelzer. Berlin: Assoziation A 2004, 460 S.

Mike Davis ist in erster Linie als ein kritischer Stadtsoziologe bekannt, der mit *City of Quartz* (dt. 1994) eines der einflussreichsten Bücher der neueren kritischen Stadtforschung verfasste. Dort zeichnet er am Beispiel von Los Angeles die Folgen neoliberaler und postfordistischer Restrukturierung urbaner Räume nach und zeigt die zunehmende Ausgrenzung marginalisierter Bevölkerungsgruppen, sowie den

Einschluss der Mittelschichten in abgeschotteten Enklaven der Sicherheit.

Schon vor zwei Jahren angekündigt, ist nun die Übersetzung eines neues Buch von Davis erschienen, das im Original den unglücklichen Namen *Late Victorian Holocaust* trägt. Ein wenig sensibler Umgang mit Vergleichen zum deutschen Faschismus war Davis ja immer schon vorzuwerfen. *Die Geburt der Dritten Welt*, so der deutsche Titel, versucht Klimageschichte mit Wirtschafts- und Kolonialgeschichte zu verknüpfen, wurde mit dem World History Association Book Award ausgezeichnet und hat in den USA eine größere Debatte ausgelöst.

Seine „politische Ökologie“, eine solche stellte auch sein zweites Los Angeles Buch, *Ökologie der Angst*, dar, versucht den Zusammenhang von einer Reihe von Klimakatastrophen und der Herausbildung und Festigung imperialer Herrschaft aufzuspüren. Von Historikern nur wenig beachtet, suchten am Ende des 19. Jahrhunderts Hungersnöte in bisher ungekanntem Ausmaß den gesamten tropischen Monsungürtel, Ägypten, Brasilien und den Norden Chinas heim. Davis geht von einer „realistischen“ Zahl von 50 Millionen Todesopfern von Hunger und hungerbedingten Seuchen aus. Diese starben nicht außerhalb des sich herausbildenden modernen Welt-systems und wegen des Mangels an moderner Infrastruktur, sondern im Zuge eines Anpassungsprozesses an den liberalen Kapitalismus, durch den ein Zusammenhang zwischen den Niederschlagsmengen in Indien und den Getreidepreisen in Liverpool geschaffen wurde. Polanyi merkte 1944 an, dass die eigentliche Ursache der Hungernöte der freie Getreidemarkt war. Die zentrale These Davis ist, dass die Grundlage der Unterentwicklung dessen, was später die Dritte Welt werden sollte, in dieser Phase des Imperialismus und auf

Kosten der Leben von Millionen Bauern, gelegt wurde.

Der Text ist dreigeteilt: Zunächst werden die historischen Ereignisse der großen Hungersnöte 1876-87 und 1888-1902 in einzelnen Gebieten nachgezeichnet. Davis macht deutlich, wie mangelnder Regen in Verbindung mit liberaler Ideologie und dem Glaube an eine malthusianische Bevölkerungstheorie seitens der europäischen Mächte, eine Situation schufen, in der ganze Landstriche entvölkert wurden, wie also aus Dürre Hunger wurde. Der Schwerpunkt seiner detaillierten Beschreibung liegt dabei auf Indien, der wichtigsten britischen Kolonie. Davis betont, dass *Die Geburt der dritten Welt* als eine Anklage des Westens zu lesen ist, die zahlreichen Abbildungen im Text, die Photos und Stiche ausgegemelter Menschen nicht in erster Linie als Illustration zu begreifen sind.

Es geht Davis darum, die Annahmen zu dekonstruieren, Hunger sei eine direkte Folge von Missernten und „Naturkatastrophen“ seien „natürlich“. Er rückt eine „politische Ökologie“ ins Zentrum, die versucht das „Natürliche“ politisch zu verstehen. Nichtsdestotrotz spielen klimatische Phänomene eine wichtige Rolle und in Bezug auf die beschriebenen Ereignisse geht es hier in erster Linie um das, was grob mit dem Namen *El Nino* assoziiert wird. Im zweiten Teil befasst sich Davis mit der Genealogie eben jener Klima-Theorie, von der er sagt, dass sie, weil sie „den Wohlstand der Weltreiche und die Subsistenz von Millionen Menschen berührt [...] sowohl eine politische als auch eine wissenschaftliche Geschichte“ hat. Die mühsame Entschlüsselung dieses Phänomens, das nach dem Zyklus der Jahreszeiten die wichtigste Ursache weltweiter Klimaschwankungen sei und unterschiedlichste Klimalagen an unterschiedlichsten Orten mitein-

ander verknüpft gelang erst Ende des 20. Jahrhunderts. Das ist alles sehr interessant und spannend geschrieben, allein die Verknüpfung zum Rest wird nicht ganz klar. Es bleibt ungewiss, welche Auswirkungen der Diskurs über das tropische Klima auf die Politik in den betroffenen Kolonien hatte. So ist es egal, ob der Grund für die Dürre in Sonnenflecken, El Nino oder der Strafe Gottes liegt, solange der sich durchsetzende Kapitalismus darauf keine Rücksicht nimmt.

Um die These zu erhärten, Imperialismus und Liberalismus, die Hungersnöten mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und freien Getreidepreisen begegneten, trügen Schuld an den katastrophalen Konsequenzen der Dürren Ende des 19. Jahrhunderts, vergleicht Davis diese mit ähnlichen klimatischen Anomalien Mitte des 18. Jahrhunderts. Am Beispiel Indiens zu Mogulzeit und China um 1740 versucht er zu zeigen, dass die dortigen Herrscher, die der westlichen Geschichtsschreibung als tyrannisch galten, deutlich größere und erfolgreichere Anstrengungen zur Versorgung der Bevölkerung unternahmen, als die über Eisenbahnen und moderne Kommunikationsmittel verfügenden Europäer. China verfügte vor der Zeit des Liberalismus über ein modernes und gut ausgebautes System der Getreideversorgung in allen Provinzen. Dabei zeigt Davis, dass Indien und China, die das britische Empire letztlich am Leben erhielten, vor der Erschließung durch den Imperialismus ganz und gar nicht die despotischen und unterentwickelten Staaten waren, wie mit westlichem Blick angenommen. Bis weit ins 18. Jahrhundert habe der durchschnittliche Lebensstandard in Europa eher unterhalb des weltweiten Durchschnitts gelegen. Erst im Zuge der von europäischen Mächten aufgezwungenen Kriege habe etwa

China die Fähigkeit verloren in Krisenzeiten großflächige Versorgung zu garantieren.

Wie Jessica Zeller in ihrer Rezension schreibt, schafft Davis es „kritischer Materialist zu sein, ohne in Ökonomismus zu verfallen, erklärende Ansätze für globale Geschichte zu entwickeln, ohne Funktionalist zu sein, Umweltfaktoren ihren eigenen Wert zuzugestehen, ohne zum ökologischen Fatalisten zu mutieren.“

Davis läuft dabei aber Gefahr, in der Kritik an einer Geschichtsschreibung, die Unterentwicklung nur in Begriffen endogener Faktoren begreift, selber nur exogene Faktoren zu erkennen. Der Kaiser von China erscheint hierin als altruistischer Herrscher, dem nur das Wohl seiner Bauern am Herzen liegt. Das mag als eine Kritik an dem hegemonialen Geschichtsbild zu verstehen sein und zu untermalen helfen, dass Indien und China „nicht als die hilflosen *Hungerländer* in die Moderne eintraten, wie es in der westlichen Vorstellungswelt allgemein verankert ist“, verbleibt aber in einem polaren Weltbild, das nicht ausreicht Realität zu beschreiben. Am Ende gibt das Buch weniger Antworten, als dass es gängige Annahmen in Frage stellt und weigert sich ein Resümee oder einen Ausblick zu wagen.

Boris Michel

Tony Hodges: *Angola: Anatomy of an Oil State*. Oxford: James Currey/
Bloomington & Indianapolis: Indiana
UP 2004, 236 S.

Angola ist eines der Paradebeispiele dafür, dass und wie Ressourcenreichtum allzu häufig zur Verschärfung und Perpetuierung von Konflikten führen kann. Mit dem Tod von Jonas Savimbi, als Führer des UNITA der wichtigsten Gegenspielers der MPLA-Regierung in Luanda, im Februar 2002

scheint freilich zumindest die Chance auf ein dauerhaftes Ende der Kämpfe gegeben – und selbst wenn allein aus dem Grund, wie Hodges am Ende seiner Analyse andeutet, dass Savimbis Ehrgeiz sich nicht in “die Grenzen der klientelistischen Umverteilung oder des patrimonialen Staates” (204) einhegen ließ. Damit verstärkt der Autor in dieser nach kurzer Zeit erfolgten, aktualisierten und deutlich erweiterten Neuauflage seiner ebenso präzisen wie deprimierenden Darstellung¹ der angolischen Politik und sozioökonomischen Struktur. Es geht um teilweise krasse Formen der Bereicherung der MPLA-Elite, die einmal mit dem Anspruch der nationalen Befreiung in sozialistischer Perspektive angetreten war, um die Folgen eines gewaltigen Ölbooms, der wesentlich zur Verlängerung des u.a. durch Intervention Südafrikas, die von ihm unterstützte UNITA sowie das von der Reagan-Administration definierte *linkage* zwischen der Präsenz cubanischer Truppen in Angola bestimmten Krieges in den 1980er Jahren beitrug; auch das Scheitern des Friedensprozesses und die Fortsetzung des Krieges in den 1990er Jahren ist nur verständlich vor dem Hintergrund der Ressourcenausstattung des Landes: Während die MPLA-Regierung sich auf die – militärisch praktisch unangreifbaren – *offshore*-Lagerstätten von Erdöl stützte, konnte UNITA nach dem Wegfall der südafrikanischen Unterstützung über Jahre hinweg seine Kriegführung durch illegale Verkäufe aus den besetzten Diamantenfeldern im Osten des Landes finanzieren. Hodges macht aber auch die strukturellen Konsequenzen deutlich, unter denen insbesondere die krasse Verengung der Exportpalette zu nennen ist, die sich – bedingt auch durch die kriegsbedingten Produktionsschwierigkeiten in anderen Bereichen – zunehmend fast ausschließlich

auf das Öl reduziert hat. Hinzu kommen die anhaltenden, routinisierten Appropriationsstrategien der Elite, einschließlich des Präsidenten dos Santos. Die Verschränkung zwischen Wirtschaftsunternehmen und Staatsbudget macht Transparenz zur Illusion, und wo sie – etwa vom Internationalen Währungsfonds anlässlich einer durch sinkende Erdölpreise ausgelösten schweren Liquiditätskrise – eingefordert wird, setzen die Behörden dem entgegen, „dies verletze ihre nationale Souveränität“ (167). Dies ist zugleich ein nachdrücklicher Hinweis auf die Rolle der internationalen Finanzorganisationen und die Bedeutung des Postulates der *good governance*: Häufig geht es hier nicht einfach nur um Herrschaftsstrategien, sondern um sehr reale Probleme, ohne deren Lösung auch die Rehabilitierung der verarmten riesigen Minderheit in Angola nicht denkbar ist. Ob das dann vorgeschlagene Lösungs-„Fix“ tatsächlich eine solche Verbesserung herbeiführen kann, ist eine ganz andere Frage.

Angola, das zeigt Hodges mit aller Eindringlichkeit, hat seine tiefe Krise mit der Einstellung der Kampfhandlungen noch lange nicht überwunden. Vielmehr steht es beispielhaft für die Dauerhaftigkeit von institutionell abgesicherten Strukturen, die der jahrzehntelange Bürgerkrieg geschaffen und gefestigt hat und an die sich äußerst handfeste Interessen angelagert haben. Es wäre überraschend, wenn deren Träger sie kampfflos aufgäben.

Reinhart Kößler

Anmerkung:

1. s. Tony Hodges, *Angola: From Afro-Stalinism to Petro-Diamond Capitalism*. Oxford: James Currey/Bloomington & Indianapolis: Indiana UP 2001, rezensiert in PERIPHERIE 85/86 (2002).

Rudolf Maresch & Florian Rötzer (Hg.): *Renaissance der Utopie. Zukunftsfiguren des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M. Suhrkamp 2004, 255 S.

Wer die Verabschiedung utopischen Denkens nach dem endgültigen Bankrott des – ausdrücklich anti-utopischen – sowjetischen Experiments als unverantwortlich voreilig empfunden hat und Gründe sieht, die Wiederaufnahme einer Debatte über Utopie für notwendig und wünschenswert zu erachten, wird diesem Band mit großem Interesse begegnen. Dieses Interesse wird freilich weitgehend enttäuscht: Ernst Bloch hat immer auf einigen nützlichen und scharfen Unterscheidungen bestanden, von denen die für utopisches Denken wichtigsten die zwischen Utopie und Wolkenkuckucksheim sowie jene zwischen Hoffnung, die sich ihrer Voraussetzungen, Möglichkeiten und auch Risiken versichert (*docta spes*) und Zuversicht sind, die gegenüber all dem eben blind ist. Die meisten Beiträge dieses Bandes bewegen sich auf der Ebene der Zuversicht, wenn sie denn über die schlichte Fortschreibung aktueller Trends überhaupt hinaus kommen. Dafür hat *Rudolf Maresch* eine Einleitung beigesteuert, in der Utopie als frischer Wind gegen Bedenken angesichts aktueller „Reform“-Politik und auch gegen Technologiekritik in Anspruch genommen wird. Schließlich hält die Fusionierung von Mensch und Computer im Cyborg nur Chancen bereit – selbst der *Krieg der Sterne* dürfte da kritischer sein. *Peter Glotz* überlegt, was ein Schweizer Geschichtsbuch 2080 über das zurückliegende Jahrhundert berichten könnte: charakteristischerweise fast nur über Europa und transatlantische Beziehungen sowie über das Eintreffen von Vorhersagen von *Peter Glotz*. *Claus Leggewie* schaut als einziger insoweit über den Tellerrand, als er darauf hofft, „Afrika end-

lich als Nicht-Ort der Weltgesellschaft zu verabschieden“ (63) – gewiss löblich, was allerdings *Good Governance* oder gar die New Partnership for African Development (NePAD) abgesehen von diesem netten Wortspiel mit Utopie zu tun haben sollen, bleibt unerfindlich. Andere extrapolieren mehr oder weniger locker oder voluntaristisch Trends im Bereich von Eigentumsrechten auf dem Musikmarkt oder hoffen auf eine durch online-Vernetzung menschlicher Gehirne zu schaffende globale Intelligenz oder die Chancen der Raumfahrt. All dies erinnert oft peinlich an die Futuristik der 1950er Jahre, als man sich das Schlaraffenleben im total mechanisierten Haushalt ausmalte. Im einzigen Beitrag, der in Ansätzen utopisches Denken ernst nimmt, untersucht *Mercedes Benz*, die einzige Autorin des Bandes, die Konsequenzen aus der völligen Verwischung zwischen Kopie und Original, die sich aus der Möglichkeit der digitalen, identischen Kopie ergibt und weitreichende Folgen nicht zuletzt für die Untergrabung grundlegender Prinzipien der herrschenden Ökonomie haben könnte. Ein *Entwurf* vor der Folie erkennbarer Bedürfnisse von Menschen, etwa gar unter der Perspektive und nach dem Maßstab eines höchsten Gutes, ist auch dies gewiss nicht. Auch daran gibt es freilich eine Annäherung, in der zynischen Lobpreisung des Prinzips des Krieges, die uns *Guillaume Pauli* zumutet. Fürchterlich neu ist das auch nicht, aber deshalb nicht weniger unappetitlich. Dass Utopie, wenn auch abgezinst auf Trendextrapolation und recht bescheidene Futurologie, abgesehen von dem Ansatz von Leggewie ohne einen Gedanken darüber auskommen kann, was mit der Welt, der auf ihr zur Jahrtausendwende herrschenden Ungleichheit, auch ökologischen Problemen werden soll, ist allerdings bemerkenswert. Es hätte ja auch schlecht zu der von Maresch eingangs

so vehement eingeforderten guten Stimmung gepasst.

Reinhart Kößler

Karl H. Hörning & Julia Reuter (Hg.): *Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis*. Bielefeld: transcript Verlag 2004, 261 S.

Der Titel führt etwas in die Irre. Keiner der Beiträge befasst sich wirklich mit der Frage „wie wird Kultur soziale Praxis?“ (durch die der Klappentext „doing culture“ übersetzt). Nicht um Kulturtheorie geht es, sondern um Praxistheorie, um „Theorie der sozialen Praktiken“, um „Praxeologie“. In dieser spielt Kultur zwar bei allen Autoren eine bedeutende Rolle, aber eben nur als einer von mehreren Bestimmungsfaktoren – neben „Personen, Artefakten und Körpern“ beispielsweise (Hirschauer, 89). Das kann man nur begrüßen – aber der Titel schickt den Leser erst mal auf eine falsche Fährte.

Davon abgesehen ist der Band für den an Gesellschaftstheorie Interessierten jedoch eine wahre Fundgrube an innovativen Ideen und Interpretationen. Der gemeinsame Nenner der „Praxistheorie“, in die der Band einführen will, ist am prägnantesten mit einem Bourdieu-Zitat zu umschreiben. Demnach ist Praxistheorie die Theorie, die zu erklären sucht, dass und wie die gesellschaftlichen Akteure dazu kommen „unabsichtlich und ohne bewusste Befolgung einer ausdrücklich als solcher postulierten Regel sinnvolle und geregelte Praktiken hervorzubringen“ (zit. nach Schulz-Schaeffer, 108). Aus dieser Festlegung ergibt sich für alle Autoren eine doppelte Frontstellung: zum einen gegen alle rationalistisch-intellektualistischen Erklärungsansätze in der Gesellschaftstheorie im Stile des *homo oeconomicus* und des *homo sociologicus*, zum anderen aber auch

gegen mentalistische Ansätze à la Lévi-Strauss und textualistische à la Geertz (vgl. Reckwitz, 42f). Gegen die generalisierende Erklärung menschlichen Verhaltens aus der rationalen Zweck-Mittel-Abwägung eines *homo oeconomicus* wird vor allem eingewendet, dass sich Zwecksetzungen „nicht in einem mentalen bzw. kognitiven Akt des Wissens und Abwägens vor der eigentlichen Handlung“ vollziehen, sondern „aus laufenden Handlungszusammenhängen (hervorgehen), in denen wir unsere Handlungsfähigkeit einüben und über die wir uns die Welt erschließen und vertraut machen“ (Hörning, 31). Die Vorstellung von Menschen als permanent regelgeleitet handelndem *homo sociologicus* kritisieren die Autoren (mit Bourdieu) als den typischen Fehlschluss des Sozialwissenschaftlers, das Regelsystem, das er konstruiert, um beobachtete Verhaltensregelmäßigkeiten zu erklären, als das dieses Verhalten bestimmende Motiv in die Köpfe der Akteure hinein zu projizieren. Gerade dagegen wendet sich der „Habitus“-Begriff, mit dem Bourdieu zeigen will, dass sich das Verhalten der Akteure in der Regel gerade nicht an bewusstem Regelwissen orientiert, sondern an impliziten Kriterien, an inkorporierten und damit zur zweiten Natur gewordenen Dispositionen, an „als solche vergessene Geschichte“ (Schulze-Schaeffer, 111). Gegen alle mentalistischen und textualistischen Ansätze schließlich wird geltend gemacht, dass die Dispositionen des Habitus eine materiale Verankerung in den Körpern und den Artefakten besitzen. „Wissen ist nicht primär als ein mental Gewusstes/Bewusstes, sondern als ein durch körperliche Übung Inkorporiertes zu verstehen“; und „nicht nur kompetente Körper sind die Voraussetzung und Träger einer sozialen Praktik, auch die dafür notwendigen Artefakte sind es“ (Reckwitz, 45). So viel zu den Ge-

meinsamkeiten – die, wie ersichtlich, allesamt mit Bourdieu zu tun haben.

An Bourdieu aber reiben sich auch fast alle Autoren. Ein ständiges Thema ist dabei das Verhältnis von Repetitivität und Veränderung, von Routine und Kreativität, von Reproduktion und Subversion. Bourdieu wird hier generell (und etwas einseitig) dem Pol der Repetitivität zugeschlagen. Der Habitus „als Produkt der Anwendung identischer oder austauschbarer Schemata“ könne nur die Reproduktion von Praxisformen erklären, nicht aber ihre kreative oder subversive Umgestaltung. Die Antwort auf diese Herausforderung fällt bei den unterschiedlichen Autoren unterschiedlich aus. Am überzeugendsten argumentiert in meinen Augen Hörning, der sie in einer pragmatistischen, stark an Dewey orientierten, Fundierung der Praxistheorie zu finden sucht. Kreativität ist demnach „nicht in vorgängigen Strebungen oder Fähigkeiten von Subjekten, sondern im Ablauf der Praktiken selbst zu verankern“ (33). Keine Umwelt ist jemals konstant. Umweltveränderungen aber führen notwendig immer wieder dazu, dass Routinen nicht mehr greifen, Handlungsabläufe irritiert werden. In solchen Situationen setzt „Denken als verzögerte Handlung“ (32) ein. Eine Umstrukturierung der Handlung wird erforderlich, und dies setzt seinerseits voraus, dass „bestimmte (präreflexive) Vorannahmen thematisch“ (32), der argumentativen Auseinandersetzung geöffnet werden. Zur „Gewohnheit als solcher“ gehört daher, wenn sie funktionieren soll, „ein bestimmtes Maß an Geschicklichkeit und Kreativität“ (34). All zu weit entfernt von Bourdieu scheint mir dies allerdings auch nicht – wenn ich bei diesem etwa lese: „Als eine schöpferische Spontaneität, die sich in der unvorhergesehenen Konfrontation mit unaufhörlich neuen Situationen

geltend macht, gehorcht er (der Habitus) einer Logik des Unschärfen, Ungefähren“ (zit. nach Schulz-Schaeffer, 111).

Von den nicht den theoretischen Gesamtfragen diskutierenden, sondern Einzelaspekte vertiefenden Beiträgen des Bandes fand ich drei besonders spannend: Stefan Hirschauer geht in seinem Artikel „Praktiken und ihre Körper“ davon aus, dass der Körper einerseits „immer eine Konstruktion je spezifischer Diskurse ist“ (75), dass er darin andererseits aber niemals vollständig aufgeht – es gibt nicht nur eine „Sozialität des Körpers“, sondern auch „eine Körperlichkeit des Sozialen“ (76). Diesen Gedanken spielt er an drei empirischen Fällen durch, an dem der Transsexualität, an dem des Fahrstuhlfahrens und an dem der chirurgischen Operation. Dabei taucht der Körper in völlig unterschiedlichen Positionen auf. Im Fall der Transsexualität dient er vor allem als „selbsttätiges Kommunikationsmedium in symbolischer Interaktion“ (der Körper muss das neue Geschlecht in sämtlichen alltäglichen Bewegungsabläufen überzeugend darstellen, um dessen soziale Anerkennung zu erreichen). Im Fahrstuhl dagegen stellt sich das Problem, wie sich die „kommunikative Selbsttätigkeit“ des Körpers „unterdrücken lässt“ (man muss immer so tun, als seien die anderen nicht da). Bei der chirurgischen Operation schließlich wird der Körper des Patienten einerseits von der Person gelöst, reduziert auf das zu operierende Organ und seine unmittelbare Umgebung, andererseits ausgedehnt auf eine Vielzahl von Apparaten, die seine normalen Funktionen nun für ihn erledigen; auf Seiten des Operationsteams werden verschiedene Körper zusammen mit Apparaten zu einem einzigen Funktionsmechanismus verknüpft. Das macht Spaß zu lesen.

Urs Stäheli kritisiert unter der Überschrift „Subversive Praktiken? Cultural

Studies und die ‘Macht’ der Globalisierung“ die „politisch normative Aufladung des Praktiken-Begriffs ... der Cultural Studies“, in denen „das Lokale ... zum Ort von widerständigen und vernünftigen Praktiken (wird), die sich der Logik globaler, vereinheitlichender Regimes gegenüberstellen“ (154). Stäheli zeigt zunächst, dass diese Argumentation zu großen Teilen auf einer missverstandenen Adaption von Foucaults Mikro-Analytik der Macht beruht. Dort geht es nicht darum, Mikro-Macht und Makro-Macht als selbständige Wesenheiten einander gegenüberzustellen, sondern darum zu zeigen, dass „Machtverhältnisse gerade durch ihre Fundierung auf einer Vielzahl unterschiedlicher Formen von Mikro-Praktiken so gut funktionieren“ (158). Für die einschlägigen Cultural Studies ist Mikro-Macht dagegen *ex definitione* subversiv, die Frage nach konservativen Mikro-Praktiken stellt sich erst gar nicht. Der Unsinn potenziert sich, wenn dann im nächsten Schritt das „Mikro“ mit dem „Lokalen“ und das „Makro“ mit dem „Globalen“ gleichgesetzt wird, statt zu fragen, „auf welche Weise Lokalität produziert“ und durch welche „diskursiven Mikropraktiken das Globale als Welthorizont geschaffen wird“ (162f).

Erfrischend schließlich auch der Beitrag von Kien Nghi Ha über „Hybridität und ihre deutschsprachige Rezeption“ – dem allerdings ein bisschen mehr an „handwerklicher“ Betreuung durch die Herausgeber gut getan hätte¹. Gegen die Verharmlosung des Hybriditätsbegriffs „im Bilde eines bunten Völkerfestes und lustigen Kulturkonsumbetriebs“ (231) klagt er die Thematisierung gesellschaftlicher Machtverhältnisse ein, insbesondere der kolonialgeschichtlichen Kontexte, in denen die große Mehrzahl der aktuell gefeierten Kreolisierungsprozesse ihren Ort hatte. „Hybridisierung kann ... auch eine schmerzliche Erfahrung sein, die

aus der Notwendigkeit entstanden ist, in deklassierten Gesellschaftspositionen zu überleben und Strategien im Umgang mit Ausgrenzung zu entwickeln“ (233). Und: „Wenn wir heute alle so hybrid sind, wer ist dann noch ‘weiß’, wer ‘schwarz’, wer rassistisch unterdrückt und wer nicht?“ (232)

Auch wenn es evidentermaßen unmöglich ist, in einer Rezension alle 15 Einzelbeiträge zu dem Band zu diskutieren – das Lesen lohnen sie alle.

Gerhard Hauck

Anmerkung:

- 1 Beispielsweise ist es bei aller Wertschätzung gegenüber Homi Bhabha einfach nicht zutreffend, dass dieser den Begriff der Hybridität in die Sozial- und Kulturwissenschaften eingeführt hat (222): Dies haben Autoren wie Ulf Hannerz schon 20 Jahre vor ihm getan.

Matthias Basedau: *Erfolgsbedingungen von Demokratie im subsaharischen Afrika. Ein systematischer Vergleich ausgewählter Länder*. Leverkusen: Leske & Budrich 2003, 516 S.

In eine Zeit der zunehmenden Marginalisierung der sozialwissenschaftlichen Afrikaforschung, bei einem gestiegenen Bedarf an Expertise in der Politikberatung zu Afrika, und einer „Endzeitstimmung“ verbreitenden Diskussion (vgl. Mehler/Engel 2004 sowie Lölke/Simo 2004), fällt die Veröffentlichung einer Studie, die sich mit einem zentralen Topoi der politischen Wissenschaft und der deutschen Afrika-Politik beschäftigt.

Gibt es Bedingungen, die notwendig oder zumindest hinreichend sind, um die Anfang der 1990er Jahre eingeleiteten Demokratisierungsprozesse in Afrika südlich der Sahara zu erklären? Dieser Frage geht

der Politikwissenschaftler Matthias Basedau in seiner Dissertation anhand eines Samples von 13 Staaten des subsaharischen Afrika nach. Methodisch stellt er sechs Erfolgsfällen, eingeteilt in Langzeitdemokratien (Botswana und Mauritius) und „Neudemokratisierer“ (Benin, Kap Verde, Namibia und Sao Tomé und Príncipe), sieben Misserfolgsfälle (Burundi, Gambia, Niger und Nigeria als durch autoritäre Regression gekennzeichnete und den Sudan, Swaziland und Zaire als dauerhaft autoritäre Staaten), in einem Differenzverfahren gegenüber. Basedaus Arbeit zeichnet sich durch den akribischen Versuch aus, alle bisher in der Forschung diskutierten Kausalvariablen als Messlatte an die von ihm ausgewählten Staaten anzulegen, um zu eruieren, ob es Erfolgsbedingungen von Demokratie im subsaharischen Afrika gibt.

Ergebnis seiner Forschung bleibt die wenig innovative Feststellung, dass es auch in Afrika keine monokausalen Gründe für das Gelingen oder das Scheitern von Demokratisierungsprozessen gibt, sondern viele Variablen von Bedeutung sein können, die vielleicht noch über die von ihm identifizierten hinausgehen. Dabei sei nicht nur die Multikausalität zu berücksichtigen, sondern auch deren komplexeres Zusammenspiel („zirkuläre und sequenzielle Beziehungen“). Schon Diamond, Wiseman und vor allem Dahl, auf dessen Polyarchie-Konzept als theoretisches Konzept sich Basedau stützt, seien zu ähnlichen Forschungsergebnissen gekommen. Es gäbe demnach einige notwendige in Verbindung mit hinreichenden Variablen, mit denen sich unterschiedliche Demokratieentwicklungen fast vollständig erklären ließen. Der Autor erklärt als Resultat seiner Forschung zwei Kausalvariablen zu notwendigen Bedingungen: Ein Mindestmaß an „pro-demokratischer politischer Kultur der Eli-

ten“ und „Friedfertigkeit der interethnischen Beziehungen“. Im Verbund damit seien eine „erhöhte sozioökonomische Entwicklung“, ein „prodemokratisches Gewaltmonopol“ sowie eine „erhöhte Problemlösungskapazität der Regierenden“ zentrale Variablen. Mit dieser Erkenntnis wird zugleich eine Unzulänglichkeit der Untersuchung deutlich: Eine wissenschaftliche Progression ist kaum festzustellen. Vielmehr ist das Ergebnis der Studie die Infragestellung der eigenen Methode. Denn das Differenzverfahren im Rahmen der Komparatistik scheint von geringer Aussagemächtigkeit zu sein. Der Verfasser erkennt dieses Defizit und betont, zukünftige Forschung müsse den individuellen Einzelfall ins Zentrum der Analyse rücken und die Kausalvariablen in ihren ganzen Interdependenzen berücksichtigen. Dass heißt, dass es *die* eine Bedingung, die Demokratisierungsprozesse erklären kann, nicht gibt. So bleibt als ein Forschungsergebnis Basedaus festzuhalten, dass sich zukünftige „Consolidology“-Forschung (Schmitter/Guilhot 2000) dem Einzelfall mit seinen multikausalen Ursachen widmen muss, in einem qualitativen und quantitativen Forschungsdesign. Weiterhin gäbe es Desiderate in der Beurteilung der Rolle und Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien, des Neopatrimonialismus, präkolonialen Herrschaftsformen und der Datenerhebung im Bereich der Einstellungen bzw. der politischen Kultur der Bevölkerung sowie deren Einfluss auf rezente politische Prozesse. Diesbezüglich hätte Basedau bereits auf die von der Forschungsgruppe um Bratton (Michigan State University) seit 1999 erstellten Veröffentlichungen des Afrobarometer, die sich genau den politischen Einstellungen der Bevölkerungen zu Demokratie und Entwicklung in ausgewählten Ländern Afri-

kas widmen, rekurrieren können. Somit bleibt Basedaus Forschungsansatz akteurszentriert mit einem Schwerpunkt auf den politischen Eliten und dem Militär. Seinem Konzept einer demokratischen politischen Kultur fehlt gänzlich das Element der „Massen“ und deren Einstellungen zu Demokratie als Herrschaftsform respektive Handlungsbereitschaft in einem demokratischen Rahmen. Eliten und Massen sind keine getrennt zu denkende, sondern miteinander verwobene Wesenheiten. Hier spielen strategische Überlegungen, Erwartungshaltungen etc. beiderseits eine entscheidende Rolle, die politisches Handeln schließlich erst determinieren.

Seine Feststellung, dass Demokratie nur von Afrika und „Afrikanern“ selbst ausgehen kann, ist treffend, bleibt in seiner Analyse aber gänzlich unberücksichtigt. Ein interkultureller Dialog – Forschung jenseits dieser Prämisse wäre Außenseitertum – bedeutet, als mit dem Begriff universal versehene Erkenntnis in einem solchen Dialog erneut zu hinterfragen, um ihn zu verifizieren oder relativieren. Einen solchen Weg schlägt der Verfasser nicht ein. Die Kausalvariable „Afrikanische Demokratie“ wird diskutiert, ohne näher auf afrikanische Ansätze einzugehen, die es zweifelsohne gibt (vgl. die Debatte um die Konsensdemokratie durch Wiredu, Eze oder Michalon).

Zukünftige Forschung, und hier gilt es sich von Basedau abzugrenzen, hat sich mit Bedingungen der Konsolidierung von Demokratisierungsprozessen in Afrika zu beschäftigen. Methodische Grundlage können nur Einzelfallanalysen sein, die aus dem individuell erschlossenen Kontext heraus die interdependenten Variablen in ihrer ganzen Komplexität und Historizität erfassen und interpretieren. Erst dann erschließt sich eine Vergleichsebene, die

Aussagen über Erfolgsbedingungen von sich konsolidierenden Demokratien in Afrika erlauben würde.

Trotz seiner methodischen Defizite und wenig richtungsweisenden Ergebnisse bietet die Studie eine fundierte Grundlage für eine zukünftige Transitions- und Konsolidierungsforschung. Aufgrund des mangel-

haften Forschungsstandes, gerade auch in der deutschen Afrikaforschung, zu Transitions- und Konsolidierungsbedingungen der Demokratisierungsprozesse in Afrika ist Basedam Buch als Basis- und Ausgangsliteratur einer weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema jedoch unumgänglich.

Christian Kohrs

Eingegangene Bücher

Akindès, Francis: *The Roots of the Military-Political Crises in Côte d'Ivoire*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2004 (= research report 128), 46 S.
ISBN 91-7106-531-8

Ulrich Beck: *Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2004 (= Edition Zweite Moderne), 288 S.
ISBN: 3-518-41608-1

Berman, Bruce; Eyah, Dickson; Kymlicka, Will (Hg.): *Ethnicity and Democracy in Africa*. Oxford: James Currey/Athens: Ohio UP, 336 S.
ISBN 0-8214-1570-0

Buys, G.L.; Nambala, S.V.V.: *History of the Church in Namibia. An Introduction*. Windhoek: Gamsberg Macmillan 2004, 448 S.
ISBN 99916-0490-1

Egli, Werner; Krebs, Uwe (Hg.): *Beiträge zur Ethnologie der Kindheit. Erziehungswissenschaftliche und kulturvergleichende Aspekte*. Münster: Lit 2004, 181 S.
ISBN 3-82858-7247-5

Geisler, Gisela: *Women and the Remaking of Politics in Southern Africa. Negotiating Autonomy, Incorporation and Representation*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2004, 241 S.
ISBN 91-7106-515-6

Gerlach, Olaf, Kalmring, Stefan; Kumitz, Daniel; Nowack, Andreas (Hg.): *Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie*. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel 2004, 348 S.
ISBN 3-86099-803-X

Habermann, Friederike: *Aus der Not eine andere Welt. Gelebter Widerstand in Argentinien*. Königstein: Ulrike Helmer Verlag 2004 (= Konzepte/Materialien 3), 190 S.
ISBN 3-89741-162-8

Hatzius, Thilo: *Vier Köpfe und drei Füße. Entwicklungszusammenarbeit in einer globalisierten Welt. Lernerfahrungen mit Bewässerungsprojekten in den Anden*. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel, 2004, 280 S.
ISBN 3-86099-801-3

Hauff, Michael von; Vogt, Ute (Hg.): *Islamische und westliche Welt. Warum Politik, Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit ihre Kooperation neu orientieren müssen*. Marburg: Metropolis 2004, 264 S.
ISBN 3-89518-477-2

Hertzfeldt, Hella; Schäffgen, Katrin; Veth, Silke (Hg.), *Geschlechter Verhältnisse. Analysen aus Wissenschaft, Politik und Praxis*. Berlin: Karl Dietz Verlag 2004 (= Rosa Luxemburg Stiftung Texte 18), 340 S.

- Kelsal, Tim: *Contentious Politics, Local Governance and the Self. A Tanzanian Case Study*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2004 (= research report 179), 75 S. ISBN 91-7106-533-4
- Lundahl, Mats (Hg.): *Globalization and the Southern African Economics*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2004 (= research report 130), 128 S. ISBN 91-7106-532-6
- Magezi, M.W.; Nyakango, T.E.; Aganatia, M.K.: *The People of the Rwenzoris. The Bayira (Bakonzo/Banande) and Their Culture*. Köln: Rüdiger Köppe 2004, 111 S. ISBN 3-89645-421-8
- Melber, Henning (Hg.): *Media, Public Discourse and Political Contestation in Zimbabwe*. Uppsala: Nordiska Afrika-institutet 2004 (= Current African Issues 27), 40 S. ISBN 91-7106-534-2
- Melber, Henning (Hg.): *It is no more a Cry. Namibian Poetry in Exile and Essays on Literature in Resistance and Nation Building*. Basel: Basler Afrika Bibliographien 2004, 99 S. ISBN Schweiz 3-905141-84-1 ISBN Namibia 99916-782-5-5
- Menzel, Ulrich: *Paradoxien der neuen Weltordnung. Politische Essays*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2004, 273 S. ISBN 3-518-12365-3
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth: *Unter dem Müll der Acker – Community Gardens in New York City*. Königstein: Ulrike Helmer Verlag 2004 (= Konzepte/Materialien 2), 170 S. ISBN 3-89741-156-3
- Mohan, Giles; Zack-Williams, Tunde (Hg.): *The Politics of Transition in Africa*. Review of African Political Economy in Association with Oxford: James Currey/Trenton, NJ: Africa World Press 2004, 278 S. ISBN 0-85255-822-8
- Ntukula, Mary; Liljeström, Rita (Hg.): *Umleavyo. The Dilemma of Parenting*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2004, 152 S. ISBN 91-7106-522-9
- Raulet, Gérard: *Positive Barbarei. Kulturphilosophie und Politik bei Walter Benjamin*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2004, 219 S. ISBN 3-89691-567-3
- Richter, Judith: *Public-Private Partnerships and International Health Policy-making. How can public interests be safeguarded?* Helsinki 2004, A GASPP Policy Paper, www.gaspp.org/publications
- Rieger, Elmar; Leibfried, Stephan: *Kultur versus Gloablisierung. Sozialpolitische Theologie in Konfuzianismus und Christentum*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2004, 262 S. ISBN 3-518-12243-6
- Schell-Faucon, Stephanie: *Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit in ethnopolitischen Spannungsgebieten: das Beispiel Südafrika. Implikationen für die Bildungsarbeit*. Frankfurt a. M. & London: IKO 2004 (= ISSA Wissenschaftliche Reihe 30), 522 S. ISBN 3-88939-744-1
- Schrader, Heiko (Hg.): *Trust and Social Transformation. Theoretical approaches and empirical findings from Russia*. Münster: Lit/Piscataway, NJ: Transaction Publ. 2004, 206 S. ISBN 3-8258-7866-x
- Senghaas, Dieter: *Zum irdischen Frieden. Erkenntnisse und Vermutungen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2004, 302 S. ISBN 3-518-12384-X
- Sociologus* 53(2): Macht, Situation, Legitimität. Berlin: Duncker & Humblot 2003, 86 S. ISSN 0038-0377
- Thornberry, Cedric: *A Nation Is Born. The Inside Story of Namibia's Independence*. Windhoek:

Gamsberg Macmillan 2004, 412 S.
ISBN 99916-0-521-5

Wagner, Thomas: *Irokesen und Demokratie.*
Ein Beitrag zur Soziologie interkultureller
Kommunikation. Münster: Lit 2004, 398 S.
ISBN 3-82858-6845-1

Wimmer, Andreas; Goldstone, Richard J.;
Horowitz, Donald L.; Joras, Ulrike;
Schetter, Conrad (Hg.): *Facing Ethnic*
Conflicts. Toward a New Realism. Lanham
u.a.: Rowman & Littlefield 2004, 384 S.
ISBN 0-7425-3585-1